

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

was tun



Monatszeitung der Revolutionär-Kommunistischen Jugend (RKJ)



**VIETNAM,
KAMBODSCHA,
LAOS-
EIN KAMPF!
FÜR DEN SIEG DER
SOZIALISTISCHEN
REVOLUTION IN
INDOCHINA**

Nr. 10

Jahrgang IV
November 1971

WAS TUN, 68 Mannheim 1, Rheinhausstr. 26
Jahres-Abonnement DM 10.- (Ausland DM 12.-)

-50

Für den Sieg der indochinesischen

Vom 2.-4. Juli 1971 tagte in New York die Konferenz der National Peace Action Coalition, die die Massendemonstrationen in Washington und San Francisco am 24. April dieses Jahres organisiert hatte. An ihr nahmen rund 2500 Delegierte von mehr als 400 Organisationen teil, darunter 35 Gewerkschaften einschließlich der United Automobile Workers (UAW). Die Konferenz beschloß angesichts der neuen Politik des US-Imperialismus in Südostasien, eine Kampagne mit Massendemonstrationen in der Zeit vom 6.-13. November 1971 durchzuführen.

Auf Initiative der Ligue Communiste, frz. Sektion der IV. Internationale, und der Socialist Workers Party der USA hat das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale dazu aufgerufen, parallel zu der amerikanischen Kampagne in allen kapitalistischen Ländern machtvolle Aktionen für den Sieg der indochinesischen Revolution durchzuführen. Die Vertretung der Provisorischen Revolutionären Regierung (GRP) Südvietnams hat diese internationale Kampagne zum 6.11. nachdrücklich begrüßt.

Die Revolutionär-Kommunistische Jugend als sympathisierende Organisation der IV. Internationale ist diesem Aufruf gefolgt. Sie hat deshalb in der Bundesrepublik eine Kampagne eingeleitet, deren Höhepunkt Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblattaktionen und Informationsveranstaltungen zwischen dem 6. und 15. November in über 20 Städten der Bundesrepublik sind, um damit einen praktischen Beitrag zur Festigung des Proletarischen Internationalismus zu leisten.

In der Bundesrepublik, 1968 noch ein Zentrum der internationalen Solidaritätsbewegung mit der vietnamesischen Revolution, trifft diese Kampagne auf eine besondere Situation: Unter dem Eindruck des Wiederauflebens der Arbeiterkämpfe in der BRD hatten sich die neu entstandenen Organisationsansätze der Linken den Problemen im eigenen Lande zugewandt. So richtig der Ansatz ist, den Klassenkampf im eigenen Lande zu entfalten, so kommt es doch gleichzeitig darauf an, den Internationalismus nicht als abstraktes Prinzip zu begreifen, sondern als ein "politisches Abbild des internationalen Charakters der Wirtschaft, der Weltentwicklung der Produktivkräfte und der Weltentwicklung des Klassenkampfes" (Trotzki). Diesen Anspruch, den Kampf gegen den Klassenfeind im eigenen Land mit der revolutionären Perspektive im Weltmaßstab zu verbinden, versucht die R.K.J. und die GIM zu erfüllen.

In der Bundesrepublik führte nach dem Zerfall der APO gerade der lokale oder regionale Organisationsansatz sehr schnell zur Abkehr von einer internationalistischen Praxis. Die Unterstützung der vietnamesischen Revolution wurde zunehmend den Revisionisten überlassen, die im Interesse der Politik der "friedlichen Koexistenz" beginnen, die Resultate eines fünfzehnjährigen bewaffneten revolutionären Kampfes zu verleugnen. Ihre Beteuerungen vom "einfachen Befreiungskampf" und "Zurück zum Genfer Abkommen" fallen zurück hinter die objektiven Ergebnisse des Kampfes, fallen zurück selbst hinter die Kampfziele der FNL. Jeder einzelne revolutionäre indochinesische Genosse, der tagtäglich den revolutionären Kampf führt, wird die Unhaltbarkeit und Lächerlichkeit dieser Scheinlösungen, ihre Widersprüchlichkeit zu seiner

eigenen Erfahrung erkennen. Für ihn bedeutet "Frieden in Vietnam" nicht ein diplomatischer Kompromiß, den die Imperialisten wieder brechen können, wenn es ihnen beliebt, sondern Sieg des Sozialismus und Aufbau der sozialistischen Konföderation Indochina.

Hinzu kommt, daß ein nicht geringer Teil der Linken der Propaganda von der Deeskalation des amerikanischen Engagements aufgesessen ist. Tatsächlich ziehen die Imperialisten laufend Bodentruppen aus Vietnam ab und ihre personellen Verluste werden geringer. Aber dieser "Rückzug" ist nur das Manöver, welches das in Auflösung befindliche amerikanische Expeditionsheer vor dem endgültigen Zerfall bewahren soll. Die Stationierung von US-Truppen in großem Maßstab ist nicht mehr möglich. Bei einer Bilanz von 50.000 Toten, 300.000 Verletzten, einer Desertationsquote von 18 % und riesigen Kriegsdienstverweigererzahlen, bei einer sich rapide ausbreitenden Rauschgiftsucht, bei offenen Meutereien ganzer Einheiten in Divisionsstärke und dem "fragging" von Vorgesetzten, dem in 8 Monaten 80 getötete und 600 verletzte Vorgesetzte ihren eigenen Soldaten zum Opfer fielen, soll das schnelle Zurückführen der US-Truppen das Ausmaß des militärischen Fiaskos verschleiern und zugleich politisch als Beweis einer "Friedensbereitschaft" herhalten.

Der Finte dieser Schein-Deeskalation des US-Imperialismus müssen wir die politische Wirklichkeit, das wahre Gesicht des Imperialismus in Südostasien in seiner systematischen und unverändert aggressiven Brutalität gegenüberstellen.

Der Imperialismus gibt den Kolonialismus - eine der Grundlagen seiner Existenz - niemals auf. Mehr denn je bemüht er sich, seinen Neo-Kolonialismus durchsetzen, der das wirksamste Heilmittel für seine Wunden ist. Der Imperialismus verwendet folgende Methoden: direkte Finanzierung, wirtschaftliche und militärische Hilfe, Schaffung militärischer Bündnisse, Herausbildung neuer sozialer Schichten, die ihm im Lande als Stütze dienen, Korruption der Führer, aber auch Sturz der bestehenden Regierung und wenn nötig Besetzungskrieg, "Spezial"-Krieg oder "begrenzter" Krieg. (Le Duan, 1963)

Der US-Imperialismus hat die Methoden des Neo-Kolonialismus in der Vergangenheit alle angewandt, jetzt ist er dabei, sie zu verfeinern und auszubauen. Aus dem Vietnam-Krieg wurde der Indochina-Krieg, aus dem Land-Krieg wurde der "Spezial"-Krieg mit Napalm, chemischen Kampfstoffen und Flächenbombardements. Aus der im Frühjahr gescheiterten Vietnamisierung wird jetzt die "Asiatisierung". Für die "Khmerisierung" in Kambodscha wird der Kongreß 200 Mio Dollar bereitstellen. Ein 5-Jahres-Plan sieht den Aufbau der kambodschanischen Armee vor: Von jetzt 180.000 Mann soll die Armee bis zum Sommer 1973 auf 256.000 Mann vergrößert werden; bis 1977 sollen mehr als 300.000 Mann unter Waffen stehen. In Laos sind inzwischen mehr als 15000 thailändische Söldner an den Kämpfen beteiligt. In Thailand wurden die Militärbasen für die amerikanische Marine und Luftwaffe weiter ausgebaut.

Wir wissen, der US-Imperialismus steckt in einer Krise, nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch und politisch. Die Dollarkrise, die steigende Arbeitslosigkeit, der rigorose Protektionismus, die zunehmende innenpolitische Radikalisierung und die Versuche der

Revolution!

Disziplinierung der amerikanischen Arbeiterklasse sind deutliche Zeichen dieser Situation.

Amerika wird von der größten Antikriegsbewegung seit der Oktoberrevolution erschüttert. Die Bewegung der Chicanos und der Schwarzen, die permanente Revolte an den Schulen und Universitäten sind Meilensteine des politischen Desasters. Die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere und der 7-Punkte-Vorschlag der GRP treiben die Nixon-Administration endgültig in die Enge.

Nixon aber braucht Spielraum für die kommenden Wahlen 1972. Aus dieser Klemme, die Wahlen nur noch gewinnen zu können, wenn er die Vorschläge der GRP akzeptiert, versucht er auszubrechen mit seiner diplomatischen Wendung an Peking und Moskau. Über diplomatische und ökonomische Zugeständnisse hofft er, die "friedliche Koexistenz" in Indochina wieder herzustellen.

Selbstverständlich anerkennen wir das Recht der Arbeiterstaaten, diplomatische und ökonomische Beziehungen zu kapitalistischen Staaten aufzunehmen. Aber wir befürchten, daß hier die Interessen der indochinesischen Befreiungsbewegungen den Bedürfnissen der diplomatischen Manöver Moskaus und Pekings untergeordnet werden und wir verurteilen die Praktiken der Geheimdiplomatie, die Massen in aller Welt über den Zweck und den Inhalt der Gespräche im Dunkeln zu lassen. Die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO wird auch an ihren Auswirkungen auf die indochinesische Revolution gemessen werden.

Es gilt, den Auffassungen vom Proletarischen Internationalismus, die in den Resolutionen des II. und III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Kolonialrevolution und über die Orientfrage formuliert sind, wieder Gültigkeit zu verschaffen. Es gilt, den internationalen Charakter des revolutionären Prozesses endlich wieder praktisch zu begreifen. Die soziale Dynamik der vietnamesischen Revolution hat die alte Parole Che Guevaras: "Schafft zwei, drei, viele Vietnams" längst zur politischen Realität werden lassen. Heute lodern die Flammen der Revolution in Vietnam, Laos, Kambodscha, Thailand und in ihrem Feuer werden bereits die Waffen geschmiedet für die endgültige und weltweite Niederlage des amerikanischen Imperialismus.

Solidarität mit der Indochinesischen Revolution
Solidarität mit der Antikriegsbewegung in den USA

Sofortiger und bedingungsloser Abzug aller imperialistischer Truppen aus Indochina

Unabhängigkeit und Wiedervereinigung Vietnams im Rahmen einer Sozialistischen Konföderation Indochina

Einstellung jeder wirtschaftlichen Unterstützung der USA durch die BRD, vor allem der Devisenausgleichszahlungen und der Rüstungskäufe

Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam
Abbruch aller Beziehungen zu den indochinesischen Marionettenregierungen

Raus aus der NATO
VIETNAM - LAOS - KAMBODSCHA - EIN KAMPF

INTERNATIONALE INDOCHINA - KAMPAGNE

U.S.A.:

In nicht weniger als 16 wichtigen amerikanischen Städten fanden am 6.11. Massendemonstrationen der Peace Action Coalition für die sofortige Beendigung des US-Krieges in Indochina und für den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller US-Truppen aus Vietnam statt. Daß diese Massenmobilisierung - wenn sie auch nicht die Stärke der Demonstrationen im April erreichten - möglich war trotz der Wendung in der Politik der Nixon-Administration gegenüber China, dem Propagandageschrei um den schrittweisen Abzug der US-Truppen und der Aufnahme Volkschinas in die UNO beweist, welche innere politische Dynamik die Antikriegsbewegung in den USA entwickelt hat, daß die tiefgreifende Radikalisierung weiler Teile der amerikanischen Gesellschaft durch die herkömmliche Beschwichtigungspolitik der bestellten Sachwalter der US-Bourgeoisie nicht mehr aufgefangen und kanalisiert werden kann.

FRANKREICH:

In Paris demonstrierten am 6. November 20.000 für den Sieg der vietnamesischen Revolution! Zu dieser Demonstration hatte die Front de Solidarité Indochine aufgerufen, in der neben der Ligue Communiste unter anderen Lutte Ouvrière, Alliance Marxiste Révolutionnaire, Groupe Révolution und Témoignage. Chrétiens vertreten sind. Gleichzeitig fanden auch in der Provinz Demonstrationen statt, u.a. in Marseille, Lyon, Bordeaux, Strasbourg, Clermont-Ferrand, Brest, Rennes, Dijon, Montpellier, Rouen und Toulouse. Am 10.11. findet in der Mutualité eine Großveranstaltung der FSI statt, an der Vertreter der Provis. Rev. Regierung Südvietnams und der NPAC der USA teilnehmen werden.

BRITANNIEN:

Ebenfalls am 6. November fand in London eine zentrale Demonstration zur amerikanischen Botschaft statt. Zur ihr hatte die Vietnam Solidarity Campaign aufgerufen. Mit ihr knüpfte die VSC erfolgreich an ihre großen Massenmanifestationen in den Jahren 1968/69 an.

SCHWEIZ:

Auf Initiative unserer Genossen, der Revolutionär-Marxistischen Liga, fanden mehrere Kundgebungen und Demonstrationen statt, so in Zürich, Lausanne, Fribourg und Delémont.

SPANIEN:

Die Aktionen zum 6.11. in Spanien standen unter einem besonderen Aspekt: Einerseits der offenen staatlichen Repression gegen jederlei derartige Aktivität, andererseits der aktuellen mächtigen Streikämpfe der spanischen Arbeiterklasse. Umso größer ist der Erfolg zu bewerten, den unsere Genossen von der Liga Comunista Revolucionaria mit ihren Aktionen in Madrid, Bilbao, Barcelona und Valencia erzielten.

Nationale Konferenz der RKJ vom 30.10.-1.11.71 in Köln

Auf ihrer Nationalen Konferenz in Frankfurt am 29.-31. Mai 1971, mit der sich die Revolutionär-Kommunistische Jugend als demokratisch-zentralistische Organisation auf nationaler Ebene konstituierte, auf der das Statut, ein Aktionsprogramm verabschiedet wurde, und die RKJ sich zur sympathisierenden Organisation zur IV. Internationale erklärte, eröffnete die RKJ einen Diskussionsprozeß mit dem Ziel, nach einem halben Jahr auf einem weiteren Kongreß die politischen Grundlagen für eine Strategie zum Aufbau der revolutionären Partei in Westdeutschland im Rahmen der revolutionären Weltorganisation, der IV. Internationale, zu bestimmen.

Diese 2. NK der RKJ fand vom 30.10.-1.11.71 in Köln statt. 80 Delegierte vertraten über 20 Gruppen aus allen Ländern der Bundesrepublik. Eine Delegation der "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM), der deutschen Sektion der IV. Internationale, nahm beratend an der Konferenz teil.

Wohl noch nie auf einem Kongreß der deutschen trotzkistischen Bewegung war die IV. Internationale so stark und politisch repräsentativ vertreten wie auf dieser NK. Dies widerspiegelt sowohl die in den letzten Jahren enorm gewachsene Kraft der IV. Internationale in fast allen Teilen der Welt, als auch die große Bedeutung, die die Internationale der Arbeit in der Bundesrepublik beimißt, diesem wichtigsten kapitalistischen Land Europas, in dem die Kräfte unserer Bewegung immer noch so unverhältnismäßig schwach sind.

Genosse Livio Maitan vom Vereinigten Sekretariat überbrachte die Grüße der Internationale und berichtete über die Schwerpunkte ihrer gegenwärtigen Arbeit. Insbesondere lenkte er die Aufmerksamkeit auf Lateinamerika, wo gerade jetzt unsere bolivianische und argentinische Sektion in ihrem revolutionären bewaffneten Kampf große Opfer an gefallenen, verwundeten und verhafteten Genossen bringen mußten.

Genosse Alain Krivine von der Ligue Communiste zeigte in seinem Beitrag auf, warum die Frage nach dem Verhältnis zwischen revolutionärer Organisation und Jugendradikalisierung nach wie vor für alle Sektionen von so großer Bedeutung ist und so intensiv diskutiert wird, warum es aber zugleich falsch und zwecklos ist, zu versuchen, die Diskussionsergebnisse und organisatorischen Schlußfolgerungen von einem Land auf ein anderes übertragen zu wollen.

Genosse Camejo, der für die Socialist Workers Party und die Young Socialist Alliance der USA sprach, berichtete über den gewaltigen Aufschwung, den unsere amerikanischen Organisationen durch ihren konsequenten Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam genommen hat, und über die bevorstehenden Massenaktionen zum 6. November gegen den Indochinakrieg und der Frauenbefreiungsbewegung zum 20. November, sowie über die bevorstehende Präsidentschaftswahlkampagne für die SWP-Kandidaten Linda Jenness und Andrew Pulley.

Genosse Edgardo Pellegrini von der italienischen Sektion stellte die große Bedeutung heraus, die die Indochina-Kampagne für den Aufbau der europäischen Sektionen besitzt.

Der belgische Genosse fand mit seiner Schilderung über den Aufbau der neuen belgischen Sektion, der

LRT, die im wesentlichen aus der relativ starken Jugendkaderorganisation "Jeune Garde Socialiste" (JGS) entstanden ist, aus naheliegenden Gründen das besondere Interesse der Konferenz.

Der Genosse Upali von der ceylonischen Sektion faßte in prägnanter Weise noch einmal die Lehren aus dem Aufstand und der Konterrevolution in Ceylon zusammen.

Der Genosse Sakai von der Führung der japanischen Sektion stieß mit seinem kämpferischen Beitrag und dem Appell, nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa starke Organisationen der IV. Internationale aufzubauen, auf stürmische Resonanz bei den Delegierten.

Besonders grüßte die NK die Genossen Pierre Frank und Georg Junglas, stellvertretend für alle "Veteranen" unserer Bewegung, die in schwereren Zeiten die IV. Internationale aufgebaut und ihr revolutionäres Programm verteidigt haben und damit die Grundlagen für den heutigen Aufschwung gelegt hatten.

In dem Politischen Bericht des Zentralbüros wurde versucht, nicht nur eine allgemeine Einschätzung der internationalen und westdeutschen Situation zu geben, sondern vor allem die Praxis der RKJ zu messen an den objektiven Anforderungen, die der Klassenkampf unter den gegenwärtigen Bedingungen an eine revolutionäre Organisation stellt.

Der Organisationsbericht des Zentralbüros machte deutlich, daß der erhebliche Fortschritt, der in der zentralen Arbeit der RKJ gemacht wurde, eben nicht gleichbedeutend ist mit einem entsprechenden Fortschritt in der Zentralisierung der Arbeit als Zentralisierung kommunistischer Tätigkeit im Sinne eines leninistischen Organisationsverständnisses. Die Organe und Instrumente der zentralen Arbeit ebenso wie die zentralen Kampagnen (Chemie, Metall-Tariffbewegung, Nulltarif, BAFÜG, Indochina) und die Arbeitstagen stellen eben nicht mehr als ein Gerüst für diese Zentralisierung dar. Konzeptionelle und strategische Probleme lassen sich nicht über ein gutes organisatorisches Funktionieren lösen, sondern nur auf dem Wege der Analyse, Diskussion und Entscheidung durch die Gesamtorganisation.

Weitere Punkte der Beratungen waren die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, die Indochina-Kampagne, die publizistische Arbeit und die Arbeit unter den Wehrpflichtigen, deren bisherige ausschließliche Ausrichtung auf die Bundeswehr kontrovers diskutiert wurde und zu einem Mehrheitsbeschluß führte, in der Organisation auch eine Arbeit im Milieu der Ersatzdienstleistenden zuzulassen.

Im Zentrum der Debatten dieser NK stand jedoch die Frage des Aufbaus der deutschen Sektion der Vierten Internationale.

Einigkeit zwischen den verschiedenen kontroversen Positionen bestand in der Einschätzung einiger Ausgangspunkte:

- daß die Radikalisierung der Jugend sowie die wesentlichen objektiven Bedingungen, aus denen sie resultiert, nach wie vor existieren, ihre Bedeutung und ihre Rolle sich aber verändert haben, einerseits durch die weit fortgeschrittene Entwicklung der Organisation der Avantgarde, andererseits durch den Aufschwung der Arbeiterkämpfe;

Für den Aufbau der deutschen Sektion der IV. Internationale!

- daß der Ansatz zur Schaffung der revolutionären Organisation sich nicht mehr beschränkt auf die radikalisierte Jugend und eine in diesem Rahmen zu entwickelnde Praxis, daß das volle revolutionäre Programm und die gesamtgesellschaftliche Perspektive immer mehr zur Grundlage der Organisation werden;
- daß diese Entwicklung die Konzeption der Jugendkaderorganisation praktisch und theoretisch in Frage gestellt hat;
- daß die gestiegene praktische Bedeutung und das internationale Gewicht der IV. Internationale, ihre wachsende Fähigkeit, in die tatsächlichen Kämpfe auf internationaler Ebene strukturierend einzugreifen, die Frage einer starken Sektion in Deutschland zu einem immer brennenderen Problem macht;
- daß das strategische Ziel der RKJ als Jugendkaderorganisation sich gegenwärtig nur noch definieren läßt mit der Lösung dieser Aufgabe: Aufbau der deutschen Sektion.

Die große Mehrheit der NK leitete hieraus die Perspektive der Schaffung der neuen Sektion aus einer Vereinigung zwischen der RKJ und der GIM ab. Dieser Vereinigung muß ein gemeinsamer ausführlicher politischer, programmatischer und organisatorischer Klärungsprozeß vorangehen, um der Konstituierung der neuen Sektion eine politische Plattform zugrunde zu legen, die zumindest von einer breiten Mehrheit der neuen Organisation getragen und deren Praxis auch tatsächlich ausweisen und anleiten kann. Für diese Vorbereitung der Vereinigung wird eine Diskussionsperiode von einem halben bis einem Jahr angesetzt. Die weitere Aufbauarbeit der RKJ muß sich bereits unter der Perspektive und den Kriterien dieses Vereinigungsprozesses vollziehen.

Dieser Linie standen auf der NK zwei Minderheitspositionen gegenüber:

- die eine bezeichnete die Konzeption der Jugendkaderorganisation unter den westdeutschen Bedingungen und dem Kräfteverhältnis innerhalb der Linken, das für die trotzkistische Bewegung sehr ungünstig war und ist, als falsch von Anfang an, und forderte deshalb die sofortige Vereinigung mit der GIM ohne Voraussetzungen und Vorbedingungen.
- die andere leitete aus dem Fortbestehen der Jugendradikalisierung und ihrer objektiven Bedingungen das Fortbestehen der Notwendigkeit einer Jugendorganisation ab und schlug deshalb vor, einerseits die GIM als die deutsche Sektion aus den Reihen der RKJ wesentlich zu verstärken, andererseits die RKJ als Jugendorganisation der GIM in einem gewissen arbeitsteiligen Verhältnis zur Sektion fortzuführen.

Beide Minderheiten ließen jedoch keinen Zweifel daran, daß sie die mit großer Mehrheit beschlossene Linie akzeptieren und loyal ausführen werden.

VIETNAM - LAOS - KAMBODSCHA - EIN KAMPF!

Broschüre über die revolutionäre Strategie und die Geschichte der vietnamesischen Revolution

38 Seiten

DM 1.20

Herausgegeben vom Zentralkomitee der R.K.J.
Bezug über: ISP-Verlag, 2 HH 50, J. Leberstr. 32

Zur Einschätzung der Jugendradikalisierung

Auszüge aus dem von der NK verabschiedeten Dokument der Mehrheit

"Die Jugendradikalisierung befindet sich in einem Netz aus zwei Koordinaten: einerseits dem Stand der Klassenkämpfe in dem betreffenden Land, und andererseits dem Stand der Entwicklung der revolutionären Avantgarde-Organisation. Die Funktion, der Charakter, die Rolle der Jugendradikalisierung verändern sich einerseits mit diesen beiden Koordinaten, andererseits mit dem Verhältnis der beiden Koordinaten zueinander. Als die vielbeschriebene Welle der großen Jugendradikalisierung - etwa seit 1967 - als weltweites Phänomen auftrat, war z.B. in Italien sowohl der Klassenkampf relativ hoch entwickelt, als auch im Bereich der revolutionären Organisationen keineswegs ein Vakuum vorhanden. Entsprechend erwies sich die Jugendradikalisierung in Italien trotz ihrer auch dort großen Bedeutung keineswegs als die entscheidende prägende Kraft, sondern trat auf in Form der Verstärkung und Vorwärtstreibung beider bereits strukturierter "Koordinaten". In Frankreich stieß die Jugendradikalisierung einerseits auf eine ausgeprägte Kampfbereitschaft der Klasse, andererseits auf eine starke Immobilität der offiziellen sozialistischen Führungen in Parteien und Gewerkschaft. Sie stieß in ein relatives Vakuum auf der Ebene der revolutionären Organisation bei einer gleichzeitig relativ günstigen Klassenkampfsituation (die französische Arbeiterklasse hatte sich vom Trauma der gaullistischen Machtübernahme wieder erholt). In der BRD stieß die Jugendradikalisierung in einem Vakuum sowohl auf der Ebene der revolutionären Organisation als auch, was die Ebene des Klassenkampfes betraf. Das erklärt, warum der SDS die relativ größte Bedeutung von allen Studentenbewegungen in Europa erlangte.

Diese beiden Koordinaten: der Stand der Klassenkämpfe und der Stand der revolutionären Organisation der Avantgarde, haben sich in der letzten Zeit in der BRD stürmisch verändert, sowohl was ihre jeweilige Eigenentwicklung als auch was ihre Beziehung zueinander angeht.

Die Jugendradikalisierung ist in der BRD vom besonderen politischen Milieu, das unter historisch ganz spezifischen Bedingungen einbricht in eine äußerst statische Kräftekonstellation, zum allgemeinen politischen Milieu der Linken geworden und hat den Charakter des besonderen damit verloren. Das "Milieu der radikalisierten Jugend" von gestern ist das generelle sozialistische Milieu von heute geworden, das sich nicht mehr als ein besonderes versteht und es auch nicht ist.

Die Aktivisten der APO von gestern haben inzwischen eine neue politische Welt geschaffen: mit neuen Organisationen, neuen Programmen, neuem Selbstverständnis, Entwicklung einer neuen Praxis in allen gesellschaftlichen Bereichen, mit neuen Zeitungen, neuem Betreiben marxistischer Theorie und Analyse. Die alte

NK der RKJ

Linke ist mit dieser neuen politischen Welt, die aus der Jugendradikalisierung entstand, entweder verschmolzen, oder hat sie partiell absorbiert wie die DKP, oder sie ist von der Bildfläche verschwunden.

Die sich neu radikalierenden Jugendlichen befinden sich in einer total anderen Situation als die Jugendradikalisierung von 1967 und danach: sie stoßen nicht in ein politisches Vakuum, in dem sie sich ihre politische Welt zimmern, sondern treten ein als Novizen in ein bestehendes und relativ hoch entwickeltes politisches System, das die gegenwärtige linke Bewegung darstellt, d.h. im Grunde nicht anders, als wie radikale Jugendliche zu jeder Zeit in ein bestehendes politisches Leben eingetreten sind.

Sie rufen Veränderungen hervor, lösen permanente Mutationen aus (das war praktisch immer so), aber sie beginnen nicht wieder am Nullpunkt. Das Problem des "politischen Vakuums" ist für die gegenwärtige Generation gelöst, trotz allen Vorbehalten gegenüber den Verzerrungen und Kuriositäten, die bei der Konstituierung dieser neuen politischen Struktur von dieser Bewegung auf der "Suche nach ihren Ahnen" begangen wurden."

AUSZÜGE AUS DEN BESCHLÜSSEN DER NK ZUR FRAGE DES AUFBAUS DER DEUTSCHEN SEKTION :

Die NK der RKJ schlägt der GIM als der deutschen Sektion die sofortige Eröffnung einer gemeinsamen Diskussion über die Frage vor, wie der Aufbau der deutschen Sektion in der gegenwärtigen Phase geleistet werden kann.

Die NK der RKJ steht auf dem Standpunkt, daß die Vereinigung von RKJ und GIM zur neuen deutschen Sektion Voraussetzung für den erfolgreichen weiteren Aufbau der Sektion ist. Sie schlägt vor, daß beide Organisationen sich in ihrem inneren Leben auf eine baldige Vereinigung ausrichten und sofort die Vorbereitungsdiskussion in ihrer Organisation eröffnen.

Da dieser Vereinigung ein ausführlicher politischer, programmatischer und organisatorischer Klärungsprozeß und eine Phase der Konsolidierung der RKJ vorausgehen muß, andererseits ein zu langes Hinausschieben die Bedingungen für die neue Sektion eher erschweren werden, schlagen wir eine zeitlich begrenzte Vorbereitungsperiode von einem halben bis einem Jahr vor.

Diese Periode der Vorbereitung auf die Vereinigung muß von der RKJ intensiv zur Qualifizierung ihrer Kader und zur programmatischen Weiterarbeit gemeinsam mit der GIM genutzt werden. Sie muß zugleich zur Stärkung der Organisation unter der Perspektive der Schaffung der neuen Sektion genutzt werden. Während dieser Zeit muß eine enge Zusammenarbeit zwischen RKJ und GIM auf den entsprechenden Ebenen praktiziert werden.



Ludwigshafen: Ein Exempel des DKP-Stalinismus

Am 5. November gab die DKP alias SDAJ mal wieder ein kleines Beispiel für ihr Verhältnis zur Arbeiterdemokratie.

Im Rahmen der Indochina-Kampagne veranstaltete die RKJ-Ludwigshafen ein Teach-In, das mit zwei Informationsständen sowie Plakat- und Flugblattaktionen vorbereitet war und dem am 13.11. eine Demonstration folgen wird.

Durch das Ausmaß der Aktivitäten der noch relativ jungen RKJ-Gruppe sah die DKP offensichtlich ihre bisherige Monopolstellung im linken Milieu Ludwigshafens gefährdet. In der Hoffnung, der RKJ einen entscheidenden Schlag zu versetzen, mobilisierte sie durch einen Kraftakt ihre ganze aktive Mitgliedschaft für das Teach-In und erreichte dadurch gegenüber der RKJ, ihren Sympathisanten und den "Neutralen" eine -wenn auch knappe- absolute Mehrheit.

Unter dem scheinheiligen Vorwand, daß ein Teach-In nach "demokratischen Prinzipien"(!) funktionieren müsse, versuchten sie, ihren abgesprochenen Plan durchzuziehen und beschlossen folgende "Anträge" mit ihrer DKP-Mehrheit:

1. Ein DKP-Mann wird zum Versammlungsleiter gewählt
2. Das Bild des "Arbeiterverrätters Trotzki" wird von der Wand entfernt
3. Ein DKP-Genosse hält ein Referat über den Indochina-Konflikt
4. Ein DKP-Genosse hält ein Referat über die Rolle der Sektierer am Beispiel Vietnam
5. Diskussion.

Daß die Durchführung dieses "Programms" auf ihrer kräftemäßigen Überlegenheit beruhen sollte, zeigte sich, als der "Tagesordnungspunkt 2" mit physischer Gewalt durchgesetzt wurde. Daraufhin, und nachdem die DKP das Referat des RKJ-Genossen über Vietnam "von der Tagesordnung abgesetzt" hatten, war klar, welche Ebene der "politischen" Auseinandersetzung gemeint war, und die RKJ verließ den Raum. Mit ihr der größte Teil der Nicht-DKP'ler.

Daß derartige Methoden aus der unverfälschten stalinistischen Tradition heute, unter den Bedingungen des Erstarkens der revolutionären Organisationen gegenüber den traditionellen reformistischen und stalinistischen Parteien, letztlich zur Erfolglosigkeit verurteilt sind, zeigte sich in Ludwigshafen daran, daß unmittelbar nach dem Teach-In sich neun Sympathisanten spontan entschlossen, als Kandidaten in die RKJ einzutreten.

Die Geschichte der Unterdrückung und Ausbeutung der Frau hängt eng zusammen mit der Geschichte der Klassen-gegensätze an sich. Genau diesen Zusammenhang stellten die Richtlinien für die internationale kommunistische Frauenbewegung auf der 2. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen 1921 in Moskau her, die Clara Zetkin in ihrem Buch: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands (1928) so zusammenfaßt:

"Die Richtlinien gehen von der Feststellung aus, daß das Privateigentum die letzte Ursache der Geschlechtsklaverei und der Klassensklaverei ist und daß einzig und allein die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ihre Umwandlung in Gesellschaftsbesitz, volle Frauenbefreiung sichert. Diese weit- und tiefreichende Umwälzung der Gesellschaftsordnung muß die Gemeinschaftstat der Besitzlosen und Wenigbesitzenden ohne Unterschied des Geschlechts sein. Ohne revolutionären Klassenkampf des Proletariats keine wirkliche volle Frauenemanzipation, ohne Beteiligung der Frauen daran keine Zerschmetterung des Kapitalismus, keine sozialistische Neuschöpfung."

"Reformen der einen und anderen Art sind und bleiben Flickwerk an der ausbeutenden, knechtenden bürgerlichen Gesellschaft, sie bedeutet keine Lösung der Frauenfrage, der sozialen Frage..."

Genau in diesem Zusammenhang ist die Forderung nach der Streichung des § 218 zu sehen - eine Reform, die nichts kostet und die zu opfern die sozialdemokratische Regierung als Sachwalter der Bourgeoisie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sich nun anschießt - genauso, wie sie dem Druck des Kapitals nachgegeben und die Herabsetzung des Rentenalters, den sozialen Wohnungsbau, Verbesserungen des Nahverkehrs, der Gesundheitsfürsorge, der Berufsausbildung und Ausbildung opfert.

Die in Westdeutschland nach den USA, Großbritannien und Skandinavien mit einiger Zeitverschiebung angelegene Bewegung gegen das Abtreibungsgesetz beginnt, auf die Straßen zu gehen: am 6. November demonstrierten in Berlin, Frankfurt, München und Heidelberg insgesamt mehrere tausend Frauen gegen das Abtreibungsverbot. Die 7. Frauenkonferenz des DGB - Landesbezirks Hessen forderte die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen und stellte die Indikationslösung als "eine Zementierung der bestehenden unsozialen Verhältnisse und eine Garantie für das Fortbestehen der Klassenjustiz dar." Gleichzeitig wurde auf dieser Frauenkonferenz versucht, den Kampf gegen den § 218 in den Zusammenhang zu stellen, in den er gehört: daß nämlich, obwohl die Frauen rund ein Drittel aller abhängigen Erwerbstätigen darstellen, sie nur knapp ein Viertel der gesamten Brutto-Lohn- und Gehaltssumme erhalten. Die Forderung nach "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" für Frauen wurde auch auf dieser Konferenz laut. Sie spricht sich leicht aus - doch für welche Arten von Arbeit sollen Frauen den gleichen Lohn erhalten?

1966 waren von 1,6 Mio Jugendlichen 350.000 ohne eine Ausbildung. Die Mädchen stellten davon über 90%. Rund 45% aller berufstätigen Frauen in der BRD waren 1966 als ungelernete Arbeitskräfte tätig, 46% hatten einen Arbeitsplatz, für den sie angelernt waren, nur 9% waren als Facharbeiter beschäftigt. Bei Berufstätigen mit mehr als 1200 DM Monatseinkommen (netto) war das Verhältnis zwischen Frauen und Männern 1969 1 : 11.

1968 war die Zahl der Jungen, die Abitur machten, doppelt so hoch wie die Zahl der Mädchen, das Verhältnis von Studentinnen zu Studenten 1:3.

Für den Kapitalismus bilden die Frauen, vergleichbar zu Gastarbeitern, eine industrielle Reservearmee, die durch die ökonomische Abhängigkeit, durch mangelnde Ausbildung und Gebundensein an die Kleinfamilie besonders leicht manipulierbar ist. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau bietet keine wirkliche Lösung - es bedeutet nichts weiter als der Mehrzahl der Lohnabhängigen Männern in Bezug auf den Zwang, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, und ausgebeutet zu werden, gleichgestellt zu sein.

Noch immer trifft zu, was August Bebel in seinem Buch: Die Frau und der Sozialismus' darlegte:

"Wenn es sich...um nichts weiter handeln sollte, als die Notwendigkeit der vollen Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne auf sozialem und politischem Gebiet auf dem Boden der heutigen Gesellschaft darzutun, ich besser täte, diese Arbeit zu unterlassen, weil sie nur Stückwerk bliebe und die wirkliche Lösung der Frage nicht herbeiführen könnte. Eine volle und ganze Lösung der Frauenfrage - worunter ich verstehe, daß die Frau dem Manne gegenüber nicht nur von Gesetzes wegen gleichsteht, sondern auch ökonomisch frei und unabhängig von ihm und in geistiger Ausbildung ihm möglichst ebenbürtig sei - ist unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen ebenso unmöglich wie die Lösung der Arbeiterfrage."

und weiter:

"Nur allein durch die gänzliche Umgestaltung der Gesellschaft und ihren Aufbau auf sozialistischer Grundlage ist die wirkliche und ganze Befreiung der Frau möglich, einen zweiten Weg gibt es nicht."

Johannes Ernst Seiffert
Untedrückte Bildungsinhalte

2.90

Leo Trotzki
Kommunismus oder Stalinismus

1.20

Fernand Charlier
Der Kampf der Arbeiterbewegung
gegen den modernen Kapitalismus

0.80

Die Leitsätze der KOMMINTERN

Bd. I 2.50

Bd. II 5.-

mub Druck +
Verlagskollektiv

68 Mannheim 1, H 6, 12



Die Strategie des Kapitals

-ein tarifpolitisch

21. April 1971:

Der große Senat des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel hat sein Urteil vom 28. 1. 1955, das seitdem die Rechtsprechung beherrschte, revidiert: Die Aussperrung hat beim normalen Streik keine lösende, nur noch eine suspendierende Wirkung auf die Arbeitsverträge.

Dieses Urteil hat nicht zuletzt wesentlich dazu beigetragen, die legalen Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften weitestgehend einzuschränken. Spätestens seit 1963, als es GESAMTMETALL gelang, mit der Aussperrung die gesamte Schwerpunkt-Streiktaktik der IG Metall im württembergisch-badischen Metallarbeiterstreik wirkungslos zu machen und sie zu einem Flächenstreik zu zwingen, ohne daß diese weitere Kampfmittel zur Verfügung hatte, scheut die IGM-Führung einen legalen Streik ganz besonders.

Teile der Gewerkschaftsbürokratie versuchen, sich dieser Einschränkung dadurch zu entziehen, daß sie die Belegschaften während den Verhandlungen oder während des Schlichtungsverlaufs zu sogenannten "spontanen" Kurz- oder Warnstreiks unter der Hand animieren oder solche Aktionen dulden, allerdings unter ihrer strikten Kontrolle. Die Unternehmer und die reaktionäre Arbeitsrechtsprechung wollen nun diesen Ausweg dadurch versperren, indem sie versuchen, die Gewerkschaften für diese Streikaktionen mit allen Folgen verantwortlich zu machen (dazu sollen die Klagen der Chemieindustriellen an mehreren Arbeitsgerichten während der letzten Lohnrunde beitragen), bzw. indem Einzelpersonen für solche Streiks verantwortlich gemacht werden (z. B.: Grundsatzurteil gegen eine Betriebsrätin eines Bekleidungsunternehmens, das sie gegenüber dem Betrieb schadenersatzpflichtig macht, weil sie angeblich ihre Kolleginnen zu einem wilden Streik aufgerufen habe).

Die Revision des Kasseler Urteils trägt dieser neuen Situation Rechnung: Da in Zukunft die legalen Streiks in der Minderzahl sein werden, wird dort die Schärfe der Aussperrung etwas gemildert. Mit voller Schärfe richtet sie sich heute in erster Linie gegen Tendenzen und Personen, die außerhalb der Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie wilde Streiks organisieren.

Die neue Haltung trifft aber auch mit voller Absicht diejenigen Betriebsfunktionäre, die bisher im Auftrag ihrer Führung "spontane" Aktionen organisiert und unter Kontrolle gehalten haben. Damit erhält der ehemals geschwächte betriebliche Funktionskörper einen weiteren Schlag.

17. Mai 1971:

Nach einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und des Gewerkschaftsrates der SPD - dem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbosse angehören - erklärt Bundeskanzler Brandt "ich kann mir nicht vorstellen, daß es Sozialdemokraten in führender gewerkschaftlicher Verantwortung gibt, die geneigt sein könnten, die SPD im Stich zu lassen."

4. Juni 1971:

21. Konzertierte Aktion. Die Bundesregierung kann nicht damit rechnen, daß ihre mit der Wechselkursaufgabe und der Stilllegung von Haushaltsmitteln begonnene "Stabilitäts-

politik" von den Gewerkschaften unterstützt wird. Von Gewerkschaftsseite wurde darauf verwiesen, daß die Lohnabschlüsse dieses Jahres bereits unter dem Vorjahresniveau liegen und daß die Zeit der zweistelligen Lohn- und Gehaltserhöhungen jetzt vorbei ist. Gemeinsam kündigten der DGB-Vorsitzende Vetter und der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BdA) Friedrich einen gemeinsamen Ausschuß der Tarifpartner an, der die Kosten- und Ertragslage untersuchen soll. Schiller sprach erstmals von einem "Beschäftigungsrisiko", das die Tarifpartner zu tragen hätten.

21./22. Juni 1971:

Mitgliederversammlung von GESAMTMETALL. Die Tarifpolitik der einzelnen Mitgliedsverbände wird noch mehr beim Vorstand und Tarifpolitischen Ausschuß von GESAMTMETALL koordiniert und zentralisiert. Zur Diskussion stand die Satzungsänderung. Danach sollen die regionalen Metall-Arbeitgeberverbände aufgelöst werden und die einzelnen Metallunternehmen sollen direkt bei GESAMTMETALL Mitglied werden. Damit will GESAMTMETALL den regionalen Verhandlungspartner für die regionale Tarifpolitik der IG-Metall ausschalten und sie wieder zu zentralen Verhandlungen zwingen. Außerdem beschloß GESAMTMETALL einen Beistandspakt für die kommende Tarifrunde.

16. Juli 1971:

SPITZENGEPRÄCH zwischen DGB und BdA. Die Teilnehmer sind sich im Schlußkommunique einig, daß solche Spitzengespräche - die auch die einzelnen Fachverbände führen sollen - einem "unsachlichen Tarifpluralismus" vorbeugen würden.

13./14. August 1971:

KLAUSURTAGUNG des IGM-Vorstandes. Auf dieser Tagung, an der auch die Bezirksleiter teilnahmen, wurden die Beschlüsse der regionalen Tarifkommissionen vorbereitet. Beschlossene Richtlinie für die Tarifkommissionen: 10,5 bis 11%.

Im WT-SONDERDRUCK "Die Tarifpolitik der IG Metall 1969/1970" ist im Abschnitt "Das Zustandekommen der Forderungen" der tarifpolitische Meinungsbildungsprozeß innerhalb der IG-Metall dargelegt. Ein erster wichtiger Teil dieses Meinungsbildungsprozesses ist bis zu diesem Zeitpunkt schon gelaufen. Vom Hauptvorstand ausgehend, wurden die Bezirksleitungen, danach alle Hauptamtlichen eines Bezirks, hierauf die Ortsverwaltungen der Verwaltungsstellen und danach die ersten und zweiten Betriebsratsvorsitzenden sowie die Vorsitzenden der Vertrauensleutekörper dahingehend instruiert, unbedingt zu verhindern, daß die Führung durch Beschlüsse auf bestimmte Forderungen bzw. deren Höhe festgelegt wird.

Nachdem im großen und ganzen solche Forderungen an der Basis verhindert wurden, konnte auf obiger Sitzung der Vorstand die regionalen Tarifkommissionen in ihren Entscheidungen auf eine bestimmte ihm angenehme Bandbreite festlegen.

19. August 1971:

GESAMTMETALL legt eine Ertragsanalyse von 56 "reprä-

in der Metall-Tarifrunde 71

er Kalender -

sentativen" Unternehmen aus der Metallbranche vor. Ergebnis: Gewinnschrumpfung.

1970 hat die IG-Metall über ungefähr die gleichen Unternehmen eine Ertragsanalyse anfertigen lassen, die zu dem Schluß führte: Gewinnexplosion um 40%. Dieses Jahr hat die IGM-Führung darauf verzichtet, weil die Ergebnisse nicht mit dem Limit für die Tarifkommissionen von 10,5 bis 11% hätte in Einklang gebracht werden können und weil sicherlich einige Belegschaften solcher untersuchter Großbetriebe von den Ergebnissen zu höheren Forderungen mobilisiert worden wären.

25. August 1971:

Ein Spitzengespräch zwischen der IG Metall und GESAMTMETALL über ein neues Schlichtungsabkommen endete ohne greifbares Ergebnis. Weitere Gespräche sollen erst nach Abschluß der diesjährigen Lohnrunde stattfinden. Insgesamt ist bisher auf Anregung von GESAMTMETALL 16 mal darüber verhandelt worden (ohne daß innerhalb der IG Metall darüber Kenntnis besteht).

GESAMTMETALL strebt folgende Änderungen an:

1) Bisher wurden die Schlichter durch das Los ausgewählt. Dieser legte, je nachdem von welcher Seite er kam, einen entsprechenden Schiedsspruch vor, der in der Regel von der gegnerischen Partei abgelehnt wurde und damit war der Weg frei für "politische" Schlichter. GESAMTMETALL will nun das Auswahlverfahren geändert wissen. Beide Parteien sollen ohne Losentscheid sich auf einen Schlichter einigen, der dann solange vermitteln soll, bis eine Einigung zustande kommt.

2) Bisher kam die Schlichtung automatisch in Gang, wenn eine der Parteien das Scheitern der Verhandlungen beschloß.

GESAMTMETALL verlangt nun, daß eine der Parteien die Schlichtung anrufen muß. Damit käme die IG Metall in die Situation, in fast allen Fällen die Schiedsstelle anrufen zu müssen und außerdem in der "Öffentlichkeit" in den "Geruch", die Verhandlungen willkürlich abzubrechen.

3) Bisher bestand während der 21 tägigen Schlichtungszeit Friedenspflicht. Nach GESAMTMETALL soll die Friedenspflicht direkt nach den gescheiterten Lohnverhandlungen enden, sofern keine der Parteien das Bedürfnis hat, in ein Schlichtungsverfahren einzutreten. Die IG Metall könnte dann sofort mit Kampfmaßnahmen beginnen. Damit strebt GESAMTMETALL ganz bewußt eine Verkürzung der Phase des "Dampfablassens" (Friedenspflicht) an, welche die bisherige Schlichtungsprozedur darstellte. Dieses Verhalten von GESAMTMETALL ist die logische Schlußfolgerung aus der weitgehenden Einengung gewerkschaftlicher Streikmöglichkeiten. GESAMTMETALL rechnet damit, daß die IGM-Führung keinen großen Flächenstreik mehr riskiert.

30. August 1971:

Der Vorstand der IG-Metall billigte mit einer Ausnahme die in der zweiten Augshälfte von den regionalen Tarifkommissionen aufgestellten Lohn- und Gehaltsforderungen, die sich zwischen 9 und 11% bewegen und kündigte die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 30. September.

Die Forderung der Tarifkommission der Klöckner-Hütte in Bremen, die Stundenlöhne linear um 80 Pfennig und die Monatsgehälter um 138 DM zu erhöhen, wurden vom Vorstand verworfen. Stattdessen zwang er der Klöckner-Tarifkommission eine Forderung von 11% auf.

13./14. September 1971:

Bei einer Tagung von Vorstand und Tarifpolitischem Ausschuß von GESAMTMETALL wurde eine neue Verfahrensordnung für Lohnverhandlungen verabschiedet, die zum ersten Mal auch das Verhalten bei Schlichtungsverhandlungen einschließt. Ferner wurde beschlossen, über ein konkretes Angebot erst nach dem 6. Oktober zu beschließen. Man wollte offensichtlich verhindern, daß sich die Delegierten des IGM-Tages über ein allzu niedriges Angebot "aufregen" und den IGM-Vorstand entsprechend festlegen.

17. September 1971:

22. Konzertierte Aktion. Auffallend war die Zurückhaltung dieser Versammlung in der Diskussion über die Lohnpolitik. Auch hier war das Bestreben festzustellen, dem IGM-Gewerkschaftstag keine "Munition" zu liefern.

4. Oktober 1971:

Der IGM-Vorstand beschließt, daß die diesjährige Lohn- und Gehaltsrunde vom Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden geführt werden soll.

STRATEGIE VON GESAMTMETALL:

DIE SPD-REGIERUNG ZU IHREM BÜTTEL MACHEN, UM DIE IG METALL ZU DISZIPLINIEREN.

5./6. Oktober 1971:

Vorstand und tarifpolitischer Ausschuß von GESAMTMETALL beschließen auf ihrer zweitägigen Tagung in der ersten Verhandlungsrunde kein Angebot zu unterbreiten. GESAMTMETALL verfolgt in der diesjährigen Tarifrunde zwei Ziele:

1) Die regionale Tarifpolitik der IG Metall endgültig auszuhöhlen und wieder auf eine zentrale Ebene zu kommen. Dazu müssen die regionalen Verhandlungen und Schlichtungen entweder scheitern oder auf die zentrale Ebene münden.

2) GESAMTMETALL will die politische Schlichtung durch die Regierung erzwingen, aber unter Bedingungen, die die Regierung veranlassen, politisch zuungunsten der IG Metall zu schlichten.

Die Strategie von GESAMTMETALL ist folgende:

Zunächst Angst vor Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schüren. Dann ein so niedriges Angebot machen, daß es völlig unannehmbar ist. Die Schlichtung solange hinauszuziehen wie möglich. Den Streik provozieren. Die Aussperrung verhängen. Hierdurch eine Art "nationalen Notstand" hervorrufen, damit die SPD-Regierung zur politischen Schlichtung zwingen, um die IG Metall zu disziplinieren.

GESAMTMETALL macht die SPD - Regierung zu ihrem

7. Oktober 1971:

Beginn der Verhandlungsrunde im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden. Dieses Jahr scheint GESAMTMETALL - im Gegensatz zum letzten Jahr - nicht an einem Durchbruch in einem schwachen Tarifgebiet interessiert zu sein. GESAMTMETALL will vielmehr verhindern, daß das Stuttgarter Tarifgebiet seine Strategie erneut wieder durchkreuzt. Damit dieses Tarifgebiet als erstes in die Knie gezwungen werden kann, muß es als erstes aus der Friedenspflicht frei werden und deshalb hat GESAMTMETALL hier die Verhandlungsrunde begonnen.

14. Oktober 1971:

Bei der Fa. Mailhak AG, Hamburg, legten 300 Arbeiter für eine Stunde die Arbeit nieder.

16. Oktober 1971:

Vorstand und Tarifpolitischer Ausschuß von GESAMTMETALL beschließen in der zweiten Verhandlungsrunde der IG Metall ein Angebot von 4,5% zu unterbreiten.

Dieses Angebot soll in Tarifgebieten beibehalten und damit bewußt das Scheitern der Verhandlungen provoziert werden.

17. Oktober 1971:

Im Anschluß an die zweite Phase der Metall-Lohnrunde in Stuttgart beschließt die zuständige Tarifkommission die Verhandlungen als gescheitert zu erklären. Damit beginnt die Schlichtung.

18. Oktober 1971:

Die 2. Verhandlungsrunde für das nordrhein-westfälische Tarifgebiet wurde ergebnislos abgebrochen. Die zuständige Tarifkommission wurde für den 21. Oktober einberufen.

100 Arbeiter eines metallverarbeitenden Betriebes in Karlsruhe legten für eine dreiviertel Stunde die Arbeit nieder.

STRATEGIE DER IG METALL:

DIE SPD-REGIERUNG NICHT IM STICH LASSEN.

20. Oktober 1971:

Vorstandstagung der IG Metall. Offensichtlich hat der Vorstand die Strategie von GESAMTMETALL begriffen. Um sie zu durchkreuzen, verbietet er den Tarifgebieten, die nach Stuttgart die zweite Verhandlungsrunde ergebnislos abbrechen, die Verhandlungen als gescheitert zu erklären. Die Tarifkommissionen - allen voran die von NRW - sind durch Vorstandsbeschluß gehalten, dem Vorstand das Scheitern zu empfehlen. Da der gesamte Vorstand sich aber in der Woche vom 24. bis 31. Oktober auf dem IMB-Kongreß in Lausanne aufhält, bleibt die Entscheidung liegen.

21. Oktober 1971:

In Bremen streikten rund 1 000 Werftarbeiter zwei Stunden lang.

den lang.

26. Oktober 1971:

Vorstand und Tarifpolitischer Ausschuß von GESAMTMETALL legen ihren Kurs für die am 28. Oktober beginnenden Schlichtungsverhandlungen in Stuttgart fest. Außerdem sieht GESAMTMETALL sein Konzept, die Verhandlungen auf eine zentrale Ebene zu bringen und die Regierung einzuschalten durch den IGM-Vorstandsbeschluß vom 20. Oktober blockiert. GESAMTMETALL wirft deswegen der IG Metall in NRW "offenkundige Verschleppungstaktik" vor und beschließt, nun seinerseits die Verhandlungen als gescheitert zu erklären. Damit beginnt in NRW die Schlichtung.

28. Oktober 1971:

Beginn der Schlichtungsverhandlungen in Stuttgart. Gegen die provozierende Haltung von GESAMTMETALL streiken rund 1 500 Arbeiter aus 6 Stuttgarter Betrieben eine Stunde lang und nehmen an einer Protestkundgebung teil.

29. Oktober 1971:

Die Vertreter von GESAMTMETALL beantragen, zu den Schlichtungsverhandlungen in Stuttgart ein Gutachten der Bundesbank einzuholen und Sachverständige von der Bundesregierung und Bundesbank zu hören. Hier offenbart sich wieder ihre Absicht, zu zentralen Verhandlungen unter Einbeziehung der Regierung zu kommen. Nachdem der Antrag von GESAMTMETALL vom Schlichter Veit (SPD) und den Vertretern der IG Metall abgelehnt wurde, beantragt GESAMTMETALL Vertagung auf den 2. November, um über das Wochenende mit der Bundesbank über ein 6-Fragen-Programm reden zu können.

Aus Protest gegen die Verschleppungstaktik von GESAMTMETALL legen bei der Fa. Voith, Heidenheim, rund 4 000 Arbeiter die Arbeit nieder.

2. November 1971:

Die Schiedsstelle für das Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden legt mit den Stimmen des Schlichters Veit und der beiden IGM-Vertreter folgenden Schiedsspruch vor:

7,5% Lohn- und Gehaltserhöhung und eine Laufzeit des Tarifvertrages von 7 Monaten (1. Oktober bis 30. April 1972).

Folgende Gründe haben beim Zustandekommen dieses Schiedsspruches durch Veit und die beiden IGM-Vertreter eine Rolle gespielt:

1) Wäre die Schlichtung in Stuttgart gescheitert, so hätte möglicherweise Katzer (CDU) in NRW "erfolgreich" schlichten können. Dies konnte die SPD und ihre sozialdemokratischen Freunde in der IG Metall nicht zulassen.

2) Der Vorstand hat mit seinem Beschluß vom 20. Oktober gezeigt, daß er eine bundesweite Ausdehnung des Metall-Konflikts wie die Pest scheut. Nachdem GESAMTMETALL in NRW nachgezogen hatte, sollte mit dem Schiedsspruch in Stuttgart ein paar Tage Zeit gewonnen werden. Wäre die Schlichtung gescheitert, hätte die Friedenspflicht ungefähr eine Woche länger gedauert.

Büttel gegen die Gewerkschaft

3) Mit der Laufzeit von 7 Monaten sollte dem Druck vieler Belegschaften nachgegeben werden. Diese drängen, die Lohnverhandlungen dem "Bethlehem-Terror" zu entziehen, d.h. sie aus der für Lohnverhandlungen ungünstigen Vorweihnachtszeit zu verlegen.

4) Da die IGM-Bürokratie selbst von zentralen Verhandlungen unter Einbeziehung der Regierung - allerdings unter Bedingungen, die zu ihren Gunsten wirken - nicht abgeneigt ist, will sie sich mit einem frühzeitigen Urabstimmungsergebnis aus dem Süden eine gute Ausgangsbasis für eventuelle zentrale Verhandlungen schaffen.

3. November 1971:

In einem Ludwigsburger Filterwerk streikten rund 2000 Arbeiter und Angestellte eine halbe Stunde lang.

4. November 1971:

Auf Antrag der Tarifkommissionen der Tarifgebiete Hessen, Berlin, Hamburg, Südwürttemberg/Hohenzollern und Südbaden hat der IGM-Vorstand die Tarifverhandlungen als gescheitert erklärt.

1 700 Arbeiter der Vereinigten Flugtechnischen Werke Fokker GmbH in Speyer traten in einen Warnstreik. Außerdem: rund 120 Arbeiter eines metallverarbeitenden Betriebes in Karlsruhe sind in einen halbstündigen Streik getreten. Bei der Süddeutschen Maschinenbaugesellschaft in Wiesental im Kreis Bruchsal kam es ebenfalls zu einem Warnstreik an dem etwa 300 Arbeiter teilnahmen.

9. November 1971:

Der Vorstand von GESAMTMETALL lehnt einstimmig den Schiedsspruch von Veit für Baden-Württemberg von 7,5% Tariflohnerhöhung bei einer neuen Laufzeit von 7 Monaten ab. Die IG METALL setzt für Freitag, den 12.11. die Urabstimmung für das Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden an - für die ursprüngliche Forderung von 11 %.

IRAN: DIE EINZIGE LÖSUNG - SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

Fortsetzung von S. 14

dalistischen Strukturen verbunden ist. Die volle und wirkliche Lösung des Problems der nationalen Befreiung und der demokratischen Revolution ist im Iran wie in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern jedoch nur erreichbar durch die Diktatur des Proletariats als Führer der unterdrückten Nation und ihrer Bauernmassen.

Wie der Kampf um die nationale Unabhängigkeit zu unterstützen ist, legte der Gründungskongress der III. Internationale ganz klar fest: daß in allen unterdrückten Nationen, in allen Kolonialländern die Ansätze der Arbeiterbewegung mit allen möglichen Mitteln zu fördern sind und daß darin die erste Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht. Daß jede revolutionäre Bewegung der unterdrückten Völker der kolonialen Länder gegenüber dem Imperialismus unterstützt werden muß, da die Kommunistische Internationale überzeugt ist, daß nur der Sieg der proletarischen Revolution die unterdrückten Völker wirklich befreien kann.

DIE DARMSTADT 53 — FREI

Wie wir bereits in der letzten Nummer von WAS TUN berichteten, gelang es der Verteidigung der "Darmstadt 53", eine Verschiebung des Prozesses gegen die ersteb 6 Angeklagten zu erreichen.

Die 53 schwarzen Darmstädter GIs sollten wegen einer Befehlsverweigerung verurteilt werden, die einen politischen Hintergrund hatte: diese GIs hatten am 19. Juli vor dem Hauptquartier gegen die Gefangennahme eines schwarzen GIs protestiert, den sich die Militärmaschinerie als Schuldigen für eine Schlägerei herausgegriffen hatte. Dieses alltägliche Beispiel rassistischer Unterdrückung wurde durch die Solidarität der 53 zu einem Testfall für die in Deutschland stationierte US-Armee. Es gelang ihr nicht, wie bei so vielen zuvor diesen Fall vor der Öffentlichkeit abzuschirmen: Das Verteidigungskomitee einerseits und die Solidaritätsdemonstration, die die RKJ am ersten Prozeßtag in Mannheim durchgeführt hatte, mochten den Fall weit hinaus bekannt. In Anwesenheit der größten Pressevertretung, die es je bei einem solchen Militärgerichtsverfahren in Deutschland gegeben hat, konnte das Gericht nicht umhin, der Verschiebung zuzustimmen.

Durch die weiteren Aktivitäten und die Vorbereitung einer Unterstützungskampagne für den zweiten Prozeßtag fürchtete die Army eine noch viel größere Solidaritätsbewegung sowohl unter den GIs als auch seitens der westdeutschen Linken. Konnte sie schon den Prozeß nicht so schnell beenden, wie sie es wollte, so versuchte sie den Fall und all seine für die Armee so "schädlichen" Folgen dadurch zu vermeiden, daß sie den Prozeß absetzte und am 22.10. alle der Darmstadt 53 freiließ. Der Versuch am folgenden Tag, sie innerhalb von 24 Stunden nach Vietnam zu versetzen, konnte durch das Verteidigungskomitee vereitelt werden. Schließlich wurden sie in Gruppen von 6 bis 8 in verschiedene Standorte in der BRD verlegt. Doch auch damit wird die Army ihr Ziel nicht erreichen: Einer der GIs faßte die Haltung der betroffenen Soldaten auf der Pressekonferenz am 24.10. zusammen: "Es begann mit den Darmstadt 53 - nun wird es 53 Darmstadts geben. Wo immer sie uns hinschicken werden, wir werden den anderen Soldaten erklären, wie man zusammenhält und sich gegen die Armee organisiert."

(hier abtrennen und einsenden)

Hiermit abonniere ich WAS TUN für die Dauer eines Jahres. Die Abo-Gebühren von DM 10.- inkl. Porto habe ich auf das Konto:

Paul Aulenbacher, PSchA Karlsruhe, Kto-Nr. 156131 eingezahlt.

Name:

Ort:

Strasse:

(Unterschrift)

Marcellin contra ROUGE

"Unter diesen Bedingungen kann man nur damit beginnen, daß man die Leute veranlaßt, über all das nachzudenken, daß man sie veranlaßt, die kleinsten Äußerungen der Gärung und des aktiven Kampfes zusammenzufassen und zu verallgemeinern."

Lenin: Was tun ?, S. 210

"Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein in Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die gemeinsame Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken." ebenda, S. 212

"Diese Zeitung würde zu einem Teil des gewaltigen Blasebalgs werden, der jeden Funken des Klassenkampfes und der Volksempörung zu einem allgemeinen Brand anfacht. Um diese an und für sich noch sehr harmlose und noch sehr kleine, aber regelmäßige und im vollen Sinne des Wortes gemeinsame Sache könnte man eine ständige Armee von erprobten Kämpfern systematisch sammeln und schulen. Auf dem Gerüst dieses gemeinsamen organisatorischen Hauses würden aus den Reihen unserer Revolutionäre bald sozialdemokratische Sheljabs, aus den Reihen unserer Arbeiter russische Bebel's emporsteigen und hervortreten, die sich an die Spitze der mobilisierten Armee stellen und das ganze Volk zur Abrechnung mit der Schmach und dem Fluche Rußlands führen werden." ebenda, S. 219

Kann es sein, daß der französische Innenminister Marcellin -um sein schmutziges Handwerk wirksamer zu gestalten- Lenin gelesen hat und sogar die Richtigkeit und Reichweite obiger Stellen begriffen hat? So viel Intelligenz werden aber wohl selbst seine besten Freunde ihm nicht zuschreiben wollen. In der Tat braucht er diese Waffe als kollektiven Organisator nicht mehr zu ahnen oder zu befürchten; er bekommt sie schon zu spüren.

Die Reaktion nach dem Mai 68 hat es -bei der großen Verwirrung, die in der Bevölkerung nach dem Verrat der KPF herrschte- ermöglicht, mit einem ministeriellen Dekret vom 12. Juni 68 einfach alle revolutionären Organisationen zu verbieten. Aber diese Organisationen bestanden nicht aus liberalen Demokraten, sondern waren erbitterte Feinde des Systems. Und sie führten den Kampf weiter. Daran änderte sich auch nichts nach dem Verbot der "Gauche Proletarienne" vom 27. Mai 1970. Bis jetzt sind 64 Personen wegen Wiederbildung dieser Organisation angeklagt worden, darunter Alain Geismar, der noch immer im Gefängnis sitzt. Marcellin erklärte "La Cause du Peuple" zum Organ der G.P., brach wie so oft seine eigene bürgerliche Legalität und wollte mit dem Verbot dieser Zeitung die Organisation restlos liquidieren, so, daß es keine Nachfolgeorganisationen mehr geben würde. Wenn man die Schwierigkeiten des "Mouvement du 27 Mai", der "Resistance Populaire",

der "Amis de la Cause du Peuple" betrachtet, muß man sagen, daß ihm dies trotz der Intervention von Sartre zum Teil gelungen ist. "La Cause du Peuple - J'accuse" ist nicht nur aus Gründen der Krise des Maoismus (die in Frankreich aufgrund der politisch sehr viel weiter entwickelten Situation auch schon viel weiter fortgeschritten ist als bei uns), sondern sicherlich auch zu einem großen Teil aus finanziellen Gründen (als Folge all der Prozesse, die gegen sie und ihre Mitarbeiter inszeniert worden sind) in den letzten Monaten so unregelmäßig erschienen.

Inzwischen sieht Marcellin jedoch einen ernster zu nehmenden Feind heranwachsen und Einfluß gewinnen. Hat die z.T. putschistische Taktik der G.P. ihm das Zuschlagen noch erleichtert, so sieht er sich heute einer Organisation konfrontiert, die mit ihrer "Maulwurfarbeit" immer weiter vordringt, immer mehr von einem Faktor innerhalb der Linken zu einem Faktor im politischen Leben Frankreichs wird:

Die Ligue Communiste, frz. Sektion der IV. Internationale, benutzt ihre Zeitung ROUGE tatsächlich als nationalen kollektiven Organisator und setzt diese Waffe ein zur Intervention in den zahlreichen Kämpfen, in die sie eingreift. Und immer mehr finden die Forderungen der Ligue: lineare Lohnerhöhungen, Demokratisierung der Gewerkschaften, Schaffung von Streikkomitees u.v.a. ein positives Echo, so in den Streiks bei Renault, bei der Eisenbahn, der Metro, in Batignolle usw. Und Marcellin ist sich dessen sehr bewußt.

Wenn die Ligue z.B. zur Hundertjahrfeier der Kommune in Paris am 16. Mai dieses Jahres zusammen mit Lutte Ouvriere und den europäischen Sektionen der IV. Internationale 30.000 Menschen mobilisieren kann, mehr als jede andere linke Bewegung zu diesem Anlaß, dann werden diese Erfolge immer mehr bekannt, auch wenn z.B. die deutsche Presse versucht, dies tatzuschweigen.

Marcellin kann diese Organisation nur liquidieren, wenn er sie zu einem finanziellen Aderlaß zwingt, der ihre weitere Intervention unmöglich macht. Nur deshalb spricht er heute kein einfaches Verbot dieser Organisation aus, da sie den Kampf -wenn auch unter erschwerten Bedingungen- doch fortführen könnte. Deswegen wurde gegen ROUGE ein Prozeß inszeniert. Aber Louis Aste, Mitglied des Sekretariats der Dachorganisation der Lehrgewerkschaften, FEN, hat ganz recht, wenn er vor Gericht erklärt: "Er (der Prozeß gegen rouge) gehört zu dem fortschreitenden Verfall des demokratischen Lebens, den man in allen Bereichen bemerkt."

Da man aber in ROUGE trotz eifrigen Suchens nichts als "Aufruf zum Landfriedensbruch" oder ähnlichen "Delikten" deklarieren konnte, mußte man eben wieder einmal die eigene Legalität brechen und ROUGE der "Beleidigung" und "Böschimpfung" anklagen, um eine starke Geldstrafe zu erwirken. Und diese Aufgabe übernahm im Frühjahr dieses Jahres Herr Marcellin höchstpersönlich. Er klagte an, daß:

- ROUGE zu Unrecht zwei Polizisten falscher Aussage vor Gericht (Prozeß Guiot) bezichtigt habe. Wenn Guiot nun aber in zweiter Instanz freigesprochen wurde, dann vielleicht etwa,

oder: liest der französische Innenminister Lenin?

weil der Richter beim zweiten Prozeß immer noch so sicher war, die Polizisten hätten die Wahrheit gesagt?

- ROUGE von einem "Einverständnis" zwischen der Polizei und der faschistischen Organisation "Ordre Nouveau" anlässlich der Ereignisse am Sportpalast vom 9.3. geredet habe. Le Monde schrieb dazu am 11.3. ganz ausführlich, wie Faschisten und Polizisten Hand in Hand arbeiteten, die Faschisten einzelne Demonstranten griffen, sie vor die Polizei zerrten und unter deren Augen weiter auf die Wehrlosen einschlugen. Am 12.3. zitierte Le Monde die Erklärung eines Polizeibeamten, nach der er Order von oben hatte, in einem solchen Fall nicht einzugreifen (dagegen schlug die Polizei selbst ganz heftig auf die Demonstranten ein).
- ROUGE so deutlich eine Vermutung ausgesprochen habe, wie Jean-Pierre Thévenin im letzten Herbst in einem Polizeikommissariat in Chamberry über Nacht "gestorben" sei. Dazu ist zu bemerken, daß nach der Revision des Urteils aus erster Instanz, in dem die Polizei so davongekommen war, der Fall heute noch "nicht geklärt" ist.
- ROUGE, die französische Polizei der Zusammenarbeit mit der faschistischen Polizei Francos anlässlich des Baskenprozesses angeklagt habe. Als Zeuge hat Prof. Laurent Schwartz dies beim Prozeß am 19.10. bekräftigt.
- ROUGE zensierte Textstellen aus dem Film "Le Conde" zitiert hat, in dem die Polizei bestimmter Verbrechen angeklagt wurde.

Unnötig hinzuzufügen, daß ROUGE von all diesen Artikeln kein einziges Komma zurückgezogen hat. Die Ligue hat vielmehr eine große Solidaritätskampagne eröffnet. Der Appell wurde von vielen Persönlichkeiten unterzeichnet: Sartre, Schwartz, Kahn, Tillon, Jaubert, Maspéro, Garaudy, Halbwachs, Wolinski u.v.a. Überall wurde verstärkt öffentlich Rouge verkauft und viele neuen Abonnenten gewonnen. Gleichzeitig wurde aufgerufen, Geld für den Prozeß zu spenden.

Am 6. Juli sollte nun der Prozeß beginnen und binnen einer Woche vor Beginn der Gerichtsferien durchgezogen werden - also zu einer Zeit, in der die meisten Studenten in Ferien sind und es keine größeren Solidaritätsaktionen geben würde. Als die Vertreter von rouge darauf bestanden, daß das Gericht zuerst die Aussagen von rouge als unwahr beweisen müsse, lehnte das Gericht dies ab. - Es hatte schließlich allen Grund dazu.

Revolutionäre Marxisten haben es eben nicht nötig, Tatsachen zu verfälschen. Die Wahrheit ist revolutionär.

Aus verfahrensrechtlichen Gründen mußte der Prozeß auf den 19./20. Oktober verschoben werden. In der Zwischenzeit wurde die Solidaritätskampagne weitergeführt. Man setzte sich zum Ziel, bis Ende des Jahres 100.000 Franc zu sammeln und davon bis zum Prozeßbeginn mindestens die Hälfte. Am 16.10. waren es bereits über 78.000 Franc. Außerdem wurden über 20.000 Karten verkauft, die von den einzelnen Leuten an das Gericht geschickt wurden, um ihre Solidari-

rität mit rouge zu bekunden. Zahlreiche Resolutionen aus den verschiedensten Ländern trafen beim Gericht ein, die dokumentierten, daß die Ligue nicht allein steht und ihr Anschluß an die IV. Internationale nichts Formales ist.

Beim Prozeß kamen über 20 Persönlichkeiten als Zeugen der Verteidigung zu Wort, darunter Charles Tillon, Laurent Schwartz, Michel Piccoli, Denis Langlois, Alain Joubert. Auf der Gegenseite forderte Galiber d'Auque als Vertreter der Regierung die Verurteilung der beiden Angeklagten Michaloux (Herasugeber) und Rotman (Autor einiger inkriminierter Artikel) und fügte hinzu: "Die Polizei ist eine wichtige Institution. Sie hat ein Recht wenn nicht auf Liebe, so doch wenigstens auf Achtung und sogar Bewunderung (!)."

Das soll nun nicht heißen, daß die Klassenjustiz auf Grund solcher Argumente gezwungen wäre, die Anklage fallenzulassen. Die Urteilsverkündung ist für den 9. November angekündigt. Wir machen uns keine Illusionen. Das Recht wird so gebogen, wie es gebraucht wird.

Der Prozeß hat gezeigt, daß die Ligue nicht isoliert ist. Er ist zum Prozeß Marcellin geworden. Das wurde durch die Zeugen demonstriert, die die verschiedensten Organisationen repräsentierten. Deshalb die Schlußfolgerung des Verteidigers Jouffa, als er sich an die Akklage wandte: "Somit haben Sie genau den umgekehrten Effekt erzielt, von dem was Sie zu erreichen suchten."

Dies Ergebnis konnte sich Marcellin natürlich nicht gefallen lassen. Zwei Tage nach seiner Niederlage schlug er zu: Am 21.10. morgens um 7 Uhr ließ er die Wohnungen von verschiedenen Mitgliedern des Politbüros der Ligue durchsuchen und 13 Genossen verhaften und sie wegen der Demonstration der Ligue gegen die südvietnamesische Marionettenregierung anlässlich der Wahlfarce Thieus vom 3. Oktober anklagen. Doch das kann die Ligue nicht einschüchtern. Sie hat alle Arbeiterorganisationen aufgerufen, mit einer Einheitsfront auf diese neue Repression zu antworten. Der erste Schritt war eine gemeinsame Pressekonferenz noch am selben Tag mit der PSU, Lutte Ouvrière, Révolution, der P.S. und der F.E.N.

Die Ligue ist gewappnet. Gegenüber dem Fortschreiten des Klassenkampfes in Frankreich und nicht zuletzt gegenüber den Erfolgen der Ligue verstärkt Marcellin die Repression. Doch dieser Wettlauf, der begonnen hat, entsteht nicht zufällig. Das System ist schon so zerrüttet, daß es eben längst nicht mehr "wie geölt" funktionieren kann, siehe die Finanzskandale, die hochpolitischen Demonstrationen der französischen Polizei nach Ihrem Gewerkschaftstag von Evian usw. Die Zerrüttung geht bis ins Herz der Unterdrückungsorgane, bis in die Mitte der CRS. Marcellin wird nicht gewinnen.

Ce n'est qu'un début, continuons le combat !

DAS IST NUR EIN ANFANG - SETZEN WIR DEN KAMPF FORT !

IRAN: Die einzige Lösung - sozialistische Revolution

Zu einer Zeit, wo die antiimperialistische Bewegung im Iran blutig unterdrückt wird, wo sich die Konzentrationslager mit politischen Gegnern des Regimes füllen und die Militärgerichte pausenlos arbeiten, veranstaltete das Marionettenregime des Schah eine Jubelfeier zum Bestehen von 2500 Jahren Monarchie und Ausbeutung. Vor der gesamten Weltöffentlichkeit sollte mit ungeheurem Aufwand von mindestens einer Milliarde Dollar der Koprodencharakter des Schah-Regime verschleiert und eine nationale Unabhängigkeit und Souveränität vorgegaukelt werden.

Um den Eindruck von politischer Stabilität zu wecken, sind im Iran umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung des imperialistischen "Welttheaters" ersten Ranges erfolgt: Errichtung von Sicherheitszonen um Persepolis, Verhaftungen von oppositionellen Kräften im ganzen Land und die in den letzten Monaten verstärkte Aktivität des iranischen Geheimdienstes (SAVAK) zeigen deutlich, wessen Feier in Persepolis nicht stattfand:

DAS IRANISCHE VOLK HAT KEINEN GRUND ZUM FEIERN!

Seit dem Sturz Mossadeghs im Jahre 1953, vom CIA unter Benutzung des Lumpenproletariats der Städte gesteuert, hat sich der US-Imperialismus endgültig die Voherrschaft im Iran gesichert.

Sein Interesse geht einerseits von der geographisch-strategischen Lage aus, d. h. von seiner politischen Bedeutung in der imperialistischen Weltstrategie und andererseits von seinem wirtschaftlichen Wert als riesiger Erdölquelle, die das US-Kapital zu 80% gemeinsam mit englischen Firmen ausbeutet. Daneben verlagert der US-Imperialismus durch gezielte Kapitalinvestitionen die Endfertigung verschiedener Produkte in den Iran, um sowohl seine Absatzmärkte zu erweitern als auch das niedrige Lohnniveau bei arbeitsintensiven Produktionsprozessen zur Erzielung von Extraprofiten auszunutzen.

In der letzten Zeit verstärkt auch das westdeutsche Kapital seine Bemühungen, mit solchen Investitionen das Reservoir von billigen Arbeitskräften im Iran auszunutzen. Beispiele: Telefonapparatebau und EMD-Technik (Siemens) und Diesel Programm- und Motorenbau (Mercedes-Büssing). Eine solche Ausbeutung faßt dann die Propagandamaschinerie des Schah in Begriffe wie "Aufbau, Gesundheit, Entwicklung und Fortschritt".

Mit Waffenlieferungen sorgen die imperialistischen Staaten wie die USA und Großbritannien dafür, daß neben dem gewinnträchtigen Absatz von im eigenen Land produzierten Waffen (besonders von bereits technisch überholten) die Erhaltung der politischen Stabilität im Iran gesichert bleibt.

In einer solchen Situation müßte eine wirksame Hilfe für den Widerstand im Iran, auf politischer wie auf materieller Ebene, von den Arbeiterstaaten, besonders von der UdSSR und der VR China kommen. Doch wie sieht es mit dieser Hilfe aus?

Die Sowjetunion ist einer der wichtigsten Handelspartner des Schahregimes. Ein großer Teil der sowjetischen Lieferungen besteht jedoch aus Waffen, die die Armee des Regimes in ihrem Haupteinsatzgebiet, dem eigenen Land, benutzt, um Arbeiterdemonstrationen und Provinzaufstände blutig niederzuschlagen. Die Gegenleistung des Schah bestehe in der Versicherung "gutnachbarschaftlicher Beziehungen" zur Sowjetunion.

Mit der Beteiligung des Staatsoberhauptes der Sowjetunion, Podgorny, wurde ein Beitrag dazu geleistet, das Komprodenregime im Iran international aufzuwerten

Diese Kollaboration der sowjetischen Regierung mit dem Schahregime stellt einen weiteren, schweren Schlag für die revolutionäre Bewegung im Iran dar.

Sie hat zur Grundlage die Theorie der "Friedlichen Koexistenz", die zu der Hauptrechtfertigungslehre der Sowjetunion für den Verrat an der internationalen Revolution wurde. Sie scheut sich dabei nicht, ihre Theorie auf Lenin, den größten Vorkämpfer der proletarischen Weltrevolution, zurückzuführen.

Für Lenin jedoch standen "die Interessen des Weltsozialismus ... höher als die nationalen Interessen, die Interessen eines Staates".

Eine Außenpolitik, die die Interessen des eigenen Staates fortwährend höher stellt als die Unterstützung revolutionärer Bewegungen verletzt dieses sozialistische Prinzip der internationalen Solidarität und weist auf den degenerierten Charakter der Arbeiterstaaten des Ostblocks hin.

Diese Politik entspricht nicht den historischen Interessen des Proletariats, sondern denen einer neuen herrschenden Schicht, der Bürokratie. Hinter ideologischen Verbrämungen verbirgt die bürokratische Schicht ihren absoluten Konservatismus; sie setzt nicht mehr auf den Erfolg von sozialistischen Revolutionen; ihr politisches Kalkül zielt vielmehr auf die Erhaltung des Status quo in der Welt ab, da dies am ehesten der Aufrechterhaltung ihrer eigenen privilegierten Stellung dient. Zu diesem Kalkül gehört auch die Unterordnung der kommunistischen Parteien unter die Bedürfnisse der sowjetischen Außenpolitik, wobei oft genug die eigenen "Bruderparteien" geopfert wurden, um auf diplomatischem Parkett verhandlungswürdig zu sein.

"Erfolgreich" wurde diese Politik z. B. in Ägypten vorexerziert, wo sich die KP "freiwillig" auflöste ...

Anders im Sudan: zumindest der linke Flügel der KP, der die Mehrheit in der Partei hatte, widerstand dem Druck der Sowjetunion und wählte sich, in eine Regierung unter der Führung kleinbürgerlicher Kräfte (Numeiri) einzutreten. Durch das Fehlen einer konsequenten sowjetischen Unterstützung für die KP Sudans, war es schließlich dem Regime Numeiris möglich, ein antikommunistisches Pogrom zu entfachen und die größte KP Afrikas zu vernichten.

Was die Politik der VR China gegenüber dem Iran betrifft, so zeigt sich, daß die Intensivierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit einer Verstärkung des politischen Engagements im Iran verbunden ist. Wenn die Regierung der VR China "entschieden die kaiserliche Regierung Irans in ihrem gerechten Kampf für Wahrung nationaler Unabhängigkeit und staatlicher Souveränität und zum Schutz der nationalen Ressourcen" (Pekingrundschau 34/71) unterstützt, so liegt dem das gleiche politische Kalkül zugrunde: die Unterordnung der Interessen des internationalen Proletariats unter die nationalen Interessen eines Staates.

Die Unterstützung dieser "nationalen Unabhängigkeit" durch die SU und die VR China wird angesichts der vollständigen Abhängigkeit des Irans vom Imperialismus zur Farce. Der Kampf um die nationale Unabhängigkeit als Unabhängigkeit vom Weltsystem des Imperialismus wird gerade durch die Kollaboration der SU und der VR China mit dem Marionettenregime des Schah behindert.

Der Kampf um die Unabhängigkeit des Iran vom Imperialismus, um seine wirkliche nationale Unabhängigkeit, kann nur erfolgreich sein, wenn er mit der Beseitigung des Marionettenregimes und der Zerschlagung der feu-

Fortsetzung auf S. 11

Brief von Hugo Moscoso

Sekretär der POR, bolivianische Sektion der IV. Internationale

Der faschistische Staatsstreich, vor dem wir ständig gewarnt haben, war weniger gegen Torres und sein Regime gerichtet als gegen die revolutionären Massen und ihre Avantgarde. Wieder einmal hat die Armee eine Wende herbeigeführt, indem sie den Reformismus durch nackte bewaffnete Gewalt ersetzte, um den revolutionären Prozeß aufzuhalten. Gestützt auf frühere Erfahrungen, hat sich die Armee auch diesmal der Mitwirkung zweier bürgerlicher Parteien bedient: der MNR (Nationalistische Revolutionäre Bewegung) und der extremen Rechten, der FSB ("Sozialistische" bolivianische Falange). Aber nicht diese Parteien, sondern die Armee ist Herr der Lage.

Es ist interessant zu sehen, wie die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie für den Staatsstreich mobilisiert werden konnten. Die brasilianischen, argentinischen und paraguayischen Militärs haben ebenfalls eingegriffen. Die Truppen haben die bolivianische Grenze überschritten, um für den Fall, daß die Putschisten nicht die Hochebene besetzen könnten, das Land zu teilen und den Ostteil Boliviens zu autonomen Territorien zu erklären (die Bezirke Bein, Santa Cruz und Tarija). Die Brennpunkte des Kampfes waren Santa Cruz und La Paz. Die schnelle Mobilisierung der gesamten Armee, d.h. 30.000 bewaffnete Mann, ermöglichte die Kontrolle über das übrige Land.

In Santa Cruz waren die Strafexpeditionen der Rangers brutal. Die Zahl der Toten und Verletzten ist unbekannt - die Regierung deckt den Schleier des Schweigens darüber. Nach ungefähren Schätzungen zählte man 500 Tote - Arbeiter, Bauern und Studenten. Die Art der Unterdrückung ist typisch faschistisch. Der Chef der Ranger, der jetzige Innenminister Selich steht auf dem Stadtpunkt, daß nur ein toter Kommunist ein guter Kommunist ist, und er fügt hinzu, daß jeder, der nicht so denkt wie er, ein Kommunist ist. In Santa Cruz werden alle massakriert und erschossen, von denen bekannt wurde, daß sie in unserer Partei, in der MIR, in der prochinesischen KP oder der ELN kämpften.

Ein Führer der MIR hat mir berichtet, daß die ganzen Führungskader ihrer regionalen Leitung von Santa Cruz exekutiert wurden. Es scheint, daß das Schicksal unserer regionalen Leitung dasselbe ist. Wir konnten nicht nach Santa Cruz hineinkommen, da alle Nachrichtenwege kontrolliert werden. Parteikommissionen existieren, die an der Reorganisation unserer Reihen in diesem Gebiet arbeiten. Die Gefangenen und Verwundeten zählen nach Hunderten. Gerade Santa Cruz ist in den Händen der reaktionärsten und brutalsten Teile der Armee.

In La Paz haben wir angesichts des Staatsstreichs alles, was in unserer Kraft stand, unternommen, um die Massen auf höchstmöglichem Niveau zum Kampf gegen die Armee zu organisieren. Unsere Partei war der bewaffnete Motor der Linken und des Gewerkschaftsbundes COB. Die Schönschwätzer, die sich der Torres-Armee anvertrauten, um die kapitalistische Maschinerie zu demontieren, die Spontanisten aller Spielarten sahen ihre Thesen durch die Realität des Krieges widerlegt. Das Volk ist auf die Straße gegangen, um sich zu bewaffnen und wir haben uns in seine vorderste Linie gestellt. Wir konnten in diesem Moment gar nicht anders handeln. Die ganze Linke kämpft an unserer Seite. Mit den Genossen der Prochinesen, der

BOLIVIEN

MIR und der Arbeiter der PRIN haben wir eine Aktioneinheit gebildet, zu der noch kleine Gruppen der pro-Moskau-KP und einige Studenten der POR von Lora stießen. Der Kampf war hart und heroisch. Mehr als 5000 Kämpfer, aber 90 % ohne Waffen. In letzter Stunde gelang ein Sturm auf das Kriegsarsenal, wo aber nur 1300 alte Mausergewehre aus der Zeit des Chacokrieges gefunden wurden, von denen einige gingen, andere nicht. Es wurde auch versucht, die Militärfestung Miraflores einzudringen, wo sich das wichtigste Depot an modernen Waffen befindet. Die Armee hat diese Stellung mit allem verteidigt, was ihr zur Verfügung stand: Luftwaffe, Panzer, Infanterie.

Aber der Krieg ist nichts, was man improvisieren kann. Die in diesem Augenblick fehlende revolutionäre Armee kann nur mit dem Heroismus der Massen aufgebaut werden. Die militärischen Apparate der Parteien, von denen unserer der stärkste war, konnten einen solchen Krieg nicht führen. Die Niederlage war unvermeidlich, aber man mußte kämpfen und wir haben es zusammen mit den Arbeitern, den Studenten und den Bauern getan. Über Radio Illimani geben unsere Partei und die ELN Anweisungen für den Kampf und die Mobilisierung. Das Ergebnis dieses bewaffneten Kampfes waren fast 400 Tote und eine geringere Zahl Verletzter bei den Guerrilleros, unter der Bevölkerung waren es 150 Tote und 600 Verletzte. Die späteren Repressalien erhöhten die Zahl der Toten, man kann die Zahl noch nicht abschätzen.

Wenn die Faschisten einmal siegreich sind, und sie die Regierungsgewalt übernommen haben, wird eine brutale Unterdrückung organisiert. Die 8 Universitäten des Landes sind von der Armee besetzt, die Autonomie der Universität ist aufgehoben, das Semester bis Februar 1972 unterbrochen, die Professoren und das Verwaltungspersonal arbeitslos. Die Universität von Santa Cruz wurde von den Rangers gestürmt, die auf alle umzingelten Studenten mit Maschinen gewehren schossen. Die Universität von La Paz wurde bombardiert, von Panzern unter Beschuß genommen und mit Bazookas angegriffen. All dies nach Abschluß der Kämpfe. Ihren Haß gegen die Universität und das, was sie repräsentierte, verwandelten die Faschisten in Taten. Die Gewerkschaftsbüros des COB, der Bergarbeitergewerkschaft und der Mühlenarbeitergewerkschaft wurden geschlossen. Die Regierung hat ad-hoc-Komitees gebildet, um die gewerkschaftlichen Organisationen durch ihre faschistischen Agenten zu ersetzen. Die Schule ist geschlossen. Die Regierung fürchtet, daß sich die Schüler zusammenschließen und diskutieren. Es ist möglich, daß das ganze Schuljahr aufgehoben wird. Man ist gerade dabei, die Gewerkschaftsführer aller Ebenen ins Gefängnis zu stecken.

Die Linke insgesamt wird stark unterdrückt. Aber die Parteien, die bis auf den Tod bekämpft werden, sind die unsere, die pro-chinesische KP, die MIR und die ELN. In Santa Cruz haben die Unterdrücker eine vollständige Liste aller Leute aufgestellt, die nach ihrer Meinung mit uns zusammengearbeitet haben und es könnte ihnen gelingen sein, sie ausfindig zu machen, was ihr sicheres Todesurteil bedeutet; dasselbe gilt für die Genossen der genannten anderen Organisationen. In La Paz sind auf die Köpfe der Führer unserer Partei mehrere tausend Dollar gesetzt. Es wird keine Gefangenen geben, sondern nur Tote - so lautet die Order. Was die Genossen der Basis betrifft,



Noch sind die Minen frei! Bolivianische Bergarbeiter mit Dynamitstäben

Bolivien

Konterrevolution

Fortsetzung von S. 15
 die in ihre Hände gefallen sind, so werden sie in das schlimmste aller Konzentrationslager gebracht, nach Modidi. Zur Unterdrückung der Organisationen, die im bewaffneten Kampf stehen, dienen auch die zivilen Gruppen der MNR und der Falange. Deswegen ist es schwierig, der Repression zu entkommen, denn es handelt sich nicht allein um die bekannte Sicherheitspolizei, sondern um zivile Kommandos, die sich im politischen Milieu auskennen.

In dieser Situation gibt es zwischen uns, der MIR, den Pro-Chinesen und der ELN eine Übereinkunft. Die Machtergreifung der Faschisten bedeutet die Verschärfung des Kriegs in allen seinen Formen, und um ihn zu führen, haben wir vor, ein einheitliches Kommando dieser vier Organisationen zu schaffen.

Die Lage der Partei ist folgende: in La Paz haben wir 15 Tote unter den Bauern und Arbeitern gehabt. Unser Genosse Tomas Chambi ist im Kampf



Genosse Tomas Chambi gefallen

gefallen. Er war Sekretär für Verteidigung in der Leitung der Unabhängigen Bauernkonföderation von Bolivien. Er war bereits 1969 während der Repression gefangen gewesen. Chambi ist als trotzkistischer Kämpfer gestorben, im Gedanken an die Partei und die Internationale. Als wenn er seinen Tod geahnt hätte, trug er in seiner Tasche eine schriftliche Botschaft mit sich, die sagte, daß er stolz darauf sei, Trotzkist zu sein, daß er in ihrer Partei zum Revolutionär geworden sei und sich für den Kampf bis zum Ende entschieden hätte.

Eine Gruppe von Verletzten wurde nach Modidi deportiert...

In SantaCruz hatten wir 20 Tote. Es gelang ein Rückzug in die Berge. In Oruru wurden drei von uns gefangen, ihr weiteres Schicksal ist ungewiß. Unsere Bergarbeiter setzen ihre Arbeit innerhalb der Gewerkschaftsleitungen fort. Die Armee ist noch nicht in das Gebiet der Minen eingedrungen, aber sie bereitet sich darauf vor. Wir bereiten uns ebenfalls vor. Die Kampfformen sind verschieden. Unsere Führer sind zum Tode verurteilt - es ist notwendig, um sein Leben und für die Revolution zu kämpfen. Trotz der Schläge, die ihr zugefügt wurden, funktioniert die Partei. Es existiert eine militärische und eine politische Führung, die im Exekutivkomitee vereinigt sind und die sich mit allen Aktivitäten auf nationaler Ebene befassen. Wir haben Waffenlager verloren, aber im Lauf des Kampfes haben wir andere moderne Waffen erobert.

Wir haben uns entschlossen, weiter zu machen und ich denke, daß wir zur Stunde besser als früher in der Lage sind, unseren Aufgaben gerecht zu werden. Wir sind in der letzten Zeit zahlenmäßig gewachsen und die Führungskader wurden erweitert. Was uns am meisten stärkt, ist das Vertrauen, das die verschiedenen Bereiche der Avantgarde uns entgegenbringen. Das will nicht heißen, daß unsere Lage einfach ist, aber Revolutionäre können nie darauf hoffen, daß ihnen die Bourgeoisie den Weg ebnet. Jetzt gilt es zu kämpfen und wir werden kämpfen; darauf haben wir uns bis jetzt vorbereitet.

Hugo G. Moscoso